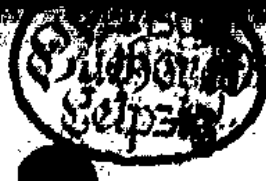


117  
49/16. 5/73



# Die Stimme

Verantwortlich: ...  
Redaktion: ...  
Verlag: ...

Abonnement  
vierteljährlich 1.- Mark  
bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Post-Zeitungspreisliste.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin NO. 55,  
Greifswalderstr. 221/22.

Organ des Gewerkschaftsbundes der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Rönigstadt 4720.

Was Subskribenten für Redaktionen und Expeditionen sind zu richten an: Karl Gottmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Geldsendungen an G. Zille, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Nummer 1/2.

Am a. Donan, den 14. Januar 1916.

27. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis: Haltet Wacht. — Der Reichstag. — Sittlich, auch gegen den Staat. — Ein Dezemberzug in Russland. — Ein 50jähriges Gewerkschaftsjubiläum. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — Rundschau. — Ehrentafel. — Amtliche Bekanntmachungen. — Anzeigen.

meinsam beraten werden, wie weit und auf welche Weise und von wem gegen solche etwa festzustellenden Uebelstände angegangen werden muß. An allen Orten und wo möglich in allen Gewerben sollen aus Anlaß der Unterbringung der Kriegsinvaliden gemeinsame Sitzungen abgehalten werden, und immer und überall sollen die Vertreter der genannten Gewerkschaften Sitz und Stimme haben.

zusehen. Dazu bedarf es aber der Unterstützung sämtlicher Kollegen. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es leider Kollegen gegeben hat, die in dieser schweren sühnenflüchtig geworden sind. So unverständlich dies angesichts der schweren Opfer, welche unser Gewerkschaftsbund in dieser schweren Zeit gebracht hat, ist, so muß es unsere erste und dringendste Aufgabe sein, mit unermüdbarem Eifer diese Leute wieder auf die rechte Bahn zu führen. Schwere unermessliche Aufgaben stehen uns bevor. Wollen wir dieselben mit Nachdruck lösen, so müssen wir gerüstet dastehen. Das Unternehmertum hat es verstanden, auch in der Kriegszeit ihre Waffenkassen zu halten. Das 11. Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ macht hierüber bemerkenswerte Angaben. Außer den geliebten Werkvereinen und den einseitigen Unternehmernarbeitsnachweisen haben es dieselben, in den letzten 10 Jahren ihre Organisationen namentlich bezüglich der Streikversicherung erfolgreich auszubauen. Nach den amtlichen Berichten hatten im Jahre 1913 insgesamt 286 Verbände, und zwar 57 Reichs-, 94 Landes- und 125 Ortsverbände Vorsorge gegen Schäden aus Arbeitseinstellungen getroffen. Das ist gegenüber dem Jahre 1910 eine Zunahme von 88 Verbänden. Noch deutlicher kommt aber diese Steigerung zum Ausdruck, wenn die ermittelten Zahlen der gegen Streikschiäden versicherten Mitglieder und der bei diesen beschäftigten Arbeiter in Betracht gezogen werden. Es wurden gezählt:

Jahre	organisierte Arbeiter	mit versicherten Arbeitgebern	mit versicherten Arbeitnehmern	mit versicherten Arbeitgebern	mit versicherten Arbeitnehmern
1910	127 424	4 027 440	47 328	371	28 500
1911	132 486	4 378 275	49 781	376	28 500
1912	145 207	4 841 301	61 973	427	28 500
1913	167 673	4 841 217	72 121	430	3 061 561

Aus diesen Zahlen ist erst ersichtlich, welche gewaltigen Umfang heute schon die Streikversicherung des deutschen Unternehmertums angenommen hat. Von 167 673 organisierten Arbeitgebern hatten sich im Jahre 1913 insgesamt 72 121 oder 43 Prozent dieser Streikversicherung angeschlossen. Gegenüber dem Jahre 1910 ist das ein Mehr von nicht weniger als 24 793 versicherten Unternehmern. Und das hierbei auch die mächtigsten Unternehmer in Frage kommen, ergibt sich aus den wesentlich höheren Prozentzahlen der beschäftigten Arbeiter.

Man kann nun annehmen, und das geht auch aus Berichten des Unternehmerorgans hervor, daß es die Unternehmer auch verstanden haben, während des Krieges, in der Zeit des sogenannten Burgfriedens, ihre Organisationen wesentlich zu stärken. Das ist auch ganz logisch. Zunächst sind die Reihen der Unternehmer durch die Einberufung zum Heeresdienst im Verhältnis nur wenig gelichtet. Streiks und Aussperrungen sind fast gänzlich vorgekommen, mithin sind die Unternehmer in der angenehmen Lage gewesen, nicht bloß ihre alten Kassenbestände aufrecht zu erhalten, sondern dieselben noch wesentlich durch Beitragszahlung zu vermehren. Demgegenüber steht bei den Arbeiterorganisationen die Hälfte der Mitglieder im Felde, ein großer Prozentsatz davon ist gefallen. Der Ausfall der Beitragszahlung ist also ganz bedeutend. Dazu kommt, daß die Arbeiterorganisationen an Arbeitslose und Kriegsursorgen Unterstützung gewaltige Summen geopfert haben, und noch opfern müssen, während die Unternehmer ihre Kriegsréserven immer mehr stärken können. Die Verhältnisse der Arbeiterorganisationen sind also wesentlich ungünstiger gegen die der Unternehmer. Zwar liegt ein Anlaß zur Schwarzgeheererei zur Zeit nicht vor. Es ist aber notwendig, unseren Kollegen diese Tatsache vor Augen zu führen. Wir wissen heute noch nicht, wie die Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege ausschauen werden. Das aber wissen wir mit aller Bestimmtheit, daß uns außerordentlich schwere Kämpfe und Aufgaben bevorstehen, welche die ganze Kraft der Organisationen in Anspruch nehmen werden. Es heißt daher: Für alle Fälle bereit zu sein, gerüstet dastehen, damit wir nicht von unliebamen, unvorhergesehenen Fällen überrumpelt werden. Pünktliche Beitragszahlung ist die erste Pflicht eines jeden Kollegen. Dann gilt es besonders, die Säumigen aufzurütteln, damit die den Wert der Organisation erkennen lernen. Den Fahnenflüchtigen ist das Verderbliche ihres Handelns vor Augen zu führen. Es gilt alles das zu tun, was zur Stärkung unseres Gewerkschaftsbundes beitragen könnte. Wir sind uns wohl bewußt, daß alle diese Aufgaben Zeit und Ausdauer bedürfen. Aber wo werden diese Eigenschaften in dieser Zeit nicht gefordert. Wenn auch der jüngere Teil im Schützengraben liegt, so müssen wir Zurückgebliebenen uns von unseren alten erprobten Landsturmmännern nicht beschämen lassen. Wo die so oft in wirtschaftlichen Kämpfen die Wacht gehalten haben und dies jetzt für uns im Felde tun, so wollen wir jetzt die Wacht halten, daß unsere heimkehrenden Brüder unsern Gewerkschaften in alter Stärke wieder finden, bereit zu jeder Zeit die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen.

## Haltet Wacht!

Dieser Weltkrieg, welcher nun schon 17 Monate tobt, hat in seinen vielen Begleiterscheinungen ungemein viel Begehrtes in sich. Es bedarf wohl heute kaum noch der Beweise durch Not-, Blau- oder Weiß-Bücher, daß Deutschland diesen Krieg nicht gewollt hat. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß es glücklichere Augenblicke gegeben hat, wenn die deutsche Regierung sich mit derartigen Plänen herumgetragen hätte. In friedlicher Entwicklung hätte dieselbe sich auszuweiten, ihre Ware auf den Weltmarkt zu bringen. Es zeigt aber auch, daß ein Staat als Abwehr stark u. gerüstet dastehen muß, um, wenn sich seine Existenz durch unvorhergesehene Umstände gefährdet sieht, die von der Konkurrenz anderer Länder im unlauteren Wettbewerb aufgebaut wurden, erfolgreich wegzuräumen. Im eigenen Lande reiben die Geleise aus, um den unlauteren Wettbewerb in die gehörigen Schranken zu weisen, anders verhält es sich mit einem Staatsweber. Die Weltgeschichte hat gelehrt, daß ein Staat nur seine berechtigten Forderungen mit Klugheit vertreten kann, wenn er die dazu gehörige Macht besitzt. Die kleinen Staaten gehen hierin ein bereites Zeugnis. Die bewaffnete Macht ist heute noch die Kraft und Stärke, die geeignet ist, unsern Gegnern Respekt einzuflößen. Diese bewaffnete Macht stellt allerdings ungeheure finanzielle Anforderungen an das Volk. In den letzten Jahrzehnten sind immer neue Forderungen für unser Heer und Marine gestellt worden, so manche unliebame Debatte ist innerhalb im Reichstag heraufbeschworen worden. Mit gelindem Schauern denken wir heute daran, was aus unserm deutschen Vaterlande geworden wäre, wenn sich die Mehrzahl unserer Volkvertreter bei der Bewilligung von Heeresvorlagen auf den ablehnenden Standpunkt der Minderheit gestellt hätte. Die Entkreuzungspolitik Englands zwang Deutschland geradezu zu immer stärkeren Rüstungen, zur immer stärkeren Befestigung seiner Grenzen. Heute sehen wir, daß alle hierfür gebrachten Opfer nicht umsonst gebracht worden sind. Die deutschen Arbeiter sollten aus diesen Vorgängen ihre Lehren ziehen. Auch die Arbeiterorganisationen, mit ihnen die deutschen Gewerksvereine, versuchen in rastloser friedlicher Arbeit die Lage der Arbeiter zu heben. Bewundernswert ist der schwere Kampf ums Dasein, welcher vom größten Teil der Arbeiter geführt wird. Was Deutschland heute auf dem Weltmarkt bedeutet, verdankt es in erster Linie der Schaffensfreudigkeit und Intelligenz der deutschen Arbeiter. Dies wird wohl offen anerkannt. Die Mehrzahl des Unternehmertums verweigert jedoch nach wie vor dem deutschen Arbeiter den gebührenden Anteil an dem kulturellen Aufschwung unserer Industrie. Auch jetzt in diesem Weltkriege bringen die deutschen Arbeiter die größten Opfer, wird man denselben auch nach dem Kriege die gebührende Anerkennung zollen? Man wird gut tun, nicht zu vertrauenselig diesbezüglich in die Zukunft zu blicken.

Bezeichnend hierzu ist der freundliche Rat, welchen die „Arbeiterzeitung“ den Fabrikanten zur Lohnrückerei gibt, indem sie schreibt: „Leicht gesagt, im Akkordlohn müsse sich erweisen, was der Invalide zuzufande bringt! Wenn er aber die gleiche Menge an Ware, die ein gesunder Arbeiter in drei Tagen fertig stellt, erst in fünf Tagen zuwege bringt, so kann Akkordlohn unmöglich auf die gleiche Höhe des andern gesetzt werden, denn dem Fabrikanten kommt diese in fünf Tagen fertigestellte Ware natürlich erheblich teurer zu stehen, als das in der kürzeren Zeit fertiggestellte Produkt.“

So sehen „die Wohltaten“, so sieht die „gerechte Entlohnung“ dieser Unternehmer aus. Die Gewerkschaften haben es bisher verstanden, die Interessen der gesunden Arbeiter zu vertreten, sie werden auch die Wacht in den Betrieben halten, daß nicht gewissenlose Unternehmer sich auf Kosten der Kriegsinvaliden, die ihre gesunden Gliedmaßen zur Erhaltung unseres Vaterlandes gelassen haben, unnötig bereichern. Wir können heute schon sagen, daß wir Gewerksvereine im Bunde mit den anderen Gewerkschaften hierin den härtesten Kampf aufnehmen werden. Wir erachten es als unsere vornehmste Pflicht, unseren Brüdern im Felde, die jetzt alle Strapazen des Krieges ertragen, Not und Entbehrung auf sich nehmen, und durch ein unglückliches Geschick ihrer gesunden Gliedmaßen betrauert werden, mit all unserer Kraft in jeder Beziehung bei-

# Der Reichstag.

Sechste Kriegstagung.

Aus „Soziale Praxis“, herausgegeben v. Prof. Dr. E. Franke und Prof. Dr. Zimmermann. (Schluß.)

Das trifft vor allem für die Kleinwohnungsnot zu. In vielen Großstädten und manchen Industriezentren besteht ein Mangel an guten und billigen Behausungen für die Wohnbevölkerung schon seit längerer Zeit. Das Darniederlegen des Baumarktes hat diesen Mangel verschärft, die Kriegsnöte erweitern ihn. Schon heute ist eine Abwanderung aus größeren in kleine Wohnungen häufig. Nach dem Friedensschluß werden wir in eine wahre Kalamität hineingeraten, wenn man die Dinge so wie jetzt laufen läßt. Vorrangig wird ein starker Zudrang in die Städte eintreten, schon jetzt sind Spuren davon zu merken. Dann fehlt es an kleinen Wohnungen und die vorhandenen steigen im Preise. Es ist wahrlich höchste Zeit, daß solchen Kriegsnöten vorgebeugt wird. Dabei wir betonen möchten, daß wir Beratungen wie die heutigen des Immobilienkredit Ausschusses keineswegs für taugliche Mittel halten. Der Reichstag wird, auch wenn Landtage und Städte hier das entscheidende Wort zu sprechen haben, hoffentlich seine Stimme recht laut und sehr dringlich erheben. Er kann auf seine früheren Forderungen verweisen, an die schlimmen Vorgänge nach dem 1870/71er Kriege erinnern, wo Berlin ernsthafte Straßen- und Barrikadenkämpfe wegen der Wohnungsnot erlebte, und sehr nachdrücklich fragen, wie man denn eine gesunde Politik der Erhaltung und Wehrung der Volkskraft treiben wolle, wenn man vor dem sozialen Grundübel des Wohnungselends tavilliere?

Freilich wird es schwer sein, nun rasch die Versäumnisse und Sünden langer Jahre auf einmal gut zu machen. Ebenso wird es sich rächen, daß nicht früher eine gründliche Regelung der Arbeitsvermittlung getroffen ist. Wie vorauszu sehen, erweisen sich die nach der Aprilkonferenz angeordneten Maßnahmen als unzulänglich; nach wie vor ist die Statistik des Arbeitsmarktes, die Heberpflicht über Angebot und Nachfrage unvollständig, verspätet für die praktischen Bedürfnisse des Tages und daher vielfach wertlos, ja irreführend. Auch die örtliche Zusammenfassung der verschiedenen Arbeitsnachweise ist nur vereinzelt zu guter Wirkung gediehen, geschweige denn, daß ein lückenloses Netz von Vermittlungsstellen das Reich überspannt und damit ein Ausgleich zwischen Mangel und Heberfluß geschaffen würde. In den Kriegsindustrien wird jetzt schon ein solches Versagen der Arbeitsvermittlung lebhaft beklagt; die Reichsverwaltung denkt auch an weitere Maßnahmen, aber sie will sich auf den Verwaltungsweg beschränken. Mit guten Ratschlägen und freundlichem Zureden aber kann man unmöglich in dies verworrene, zerklüftete Gebiet feste Ordnung bringen. Hier läßt sich der gesetzliche Zwang nicht entbehren, und wenn irgend eine Stunde für ein solches Eingreifen günstig ist, so ist es diese Zeit des Krieges, wo jedermann aufgezwungene Wohltaten willig hinzunehmen gewohnt ist. Auch hier hat der Reichstag schon im März dieses Jahres bestimmte Forderungen aufgestellt, gemäß Anträgen der vereinigten Gewerkschaften, die der Reichstanzler persönlich seinerzeit wohlwollend entgegengenommen hat. Auch hier handelt es sich um eine Kriegsnot, deren Folgen bei dem Zurückfluten unserer Feldgrauen nach dem Friedensschluß, bei der Unterbringung der Kriegsbeschädigten und Kriegswitwen und bei der Umsteuerung unserer Gewerbetätigkeit sich schwer fühlbar machen werden.

Bei dieser Heberführung unseres Erwerbslebens aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft wird der Arbeiterschutz eine wichtige Aufgabe haben. Unter dem wachsenden Druck der Notwendigkeit sind die Schutzvorschriften namentlich für Frauen und Jugendliche vielfach außer Kraft gesetzt worden. Dadurch erst wurde das starke Anwachsen der weiblichen Arbeit als Ersatz der Männer, die zu den Fahnen einberufen worden sind, möglich und wirksam. Die triftigsten Gründe aber sprechen dafür, daß tunlichst bald nach Beendigung des Krieges dieser Ausnahmezustand wieder beseitigt wird. Ausdrücklich ist lt. Gesetz vom 4. August 1914 dem Reichstanzler nur für die Kriegsdauer die Ermächtigung zur Aufhebung der Schutzvorschriften

gegeben worden, und mehr denn je müssen wir jetzt darauf Bedacht nehmen, nicht nur daß die heimkehrenden Krieger wieder freie Arbeitsplätze finden, sondern vor allem daß die Frauen, Kinder, Jugendlichen, die heranwachsenden und die kommenden Geschlechter, gesund, kräftig, frisch erhalten werden. Wir brauchen Menschen, Menschen, Menschen — zur Wehrkraft, für die Arbeit in Stadt und Land, für die Steuerleistung, für das Geistesleben! Auch hier müssen jetzt schon Vorbereitungen getroffen werden, sollen wir von den Ereignissen später nicht überrascht werden. Der Krieg hat uns wertvolle Lehren gegeben — in großen und kleinen Dingen. Er hat uns das Verbot der Nachtarbeit in der Bäckerei gebracht, das Verbot der Verwendung der Bleigiftfarben; er wird weiter zum Ausschluß von Frauen und jungen Leuten aus gefährlichen und besonders beschwerlichen Berufen führen. Auf dem Gebiet der Heimarbeit sehen wir Forderungen erfüllt, die bisher grundsätzlich abgelehnt worden waren: die Festsetzung ausreichender Löhne, die Bekämpfung der Auswucherung der Arbeiterinnen, die Regelung der Vergütung von Lieferungen, die Einsetzung von Schlichtungsausschüssen. Damit sind wir weit über das Heimarbeitsgesetz hinaus, das nun seit fast vier Jahren besteht, aber nur auf dem Papier — wahrlich kein Zeugnis für die Achtung vor einem Gesetz! Soll es endlich in Kraft treten, so wird man die Kriegserfahrungen nicht unbenutzt lassen können. Ebenso wenig wird man die Wochenhilfe einfach wieder spurlos in die Versenkung fallen lassen können. Und die Vorschläge und Pläne für eine körperliche Kräftigung und Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, von der Volksschule angefangen bis zur „Retrutenvorschule“, werden sicher im Reichstag willig Gehör und tatbereite Hand finden. Auf lange Jahre hinaus müssen wir auf allen Gebieten unseres Volkslebens alle Kräfte anspannen; damit wir das aber können, müssen wir die Massen mit Kraft erfüllen: „Wir brauchen ein Reichs-Jugendwehrgesetz!“

Und die größte Lehre dieses Krieges für unser ganzes inneres Leben, daß gleichen Pflichten, die entschlossen und tapfer getragen werden, auch gleiche Rechte der Mitarbeit im Staate und im Volksleben zur Seite stehen müssen, wird nicht ungehört verhallen können. Die Massen, die dem Sturm der Feldschlacht und dem Los des Schützengrabens getrotzt haben, können im neuen Deutschland, das in Einigkeit und Freiheit leben will, nicht mehr minderen Rechtes, nicht mehr Bürger zweiter Klasse sein. Das trifft für ihre politischen Rechte ebenso zu wie für ihre berufsvereinlichen Organisationen. Der Reichstag hat in seiner 5. Sitzung im August dieses Jahres beschlossen, daß für die Gewerkschaften die politischen Bestimmungen des Vereinsrechts keine Geltung haben. Es wäre gut, wenn der Bundesrat jetzt ausdrücklich diesem Beschluß die gesetzliche Sanction gäbe — als bescheidenden, wenn auch sehr nützlichen Beginn einer gründlichen Reform des Berufsvereinsrechts, in dem es auch an Sicherungen für den gewerblichen Frieden nicht fehlen dürfte. Bei allen sozialpolitischen Maßnahmen möge man sich gegenwärtig halten, daß sie rechtzeitig und freiwillig gegeben mit Dank begrüßt werden, daß sie aber ihren ethischen Wert einbüßen, wenn sie verspätet und abgerungen erscheinen. Wie unsere Söhne und Brüder draußen im Feld einig und opferwillig in geschlossenen Scharen stehen, so muß auch unser Volk daheim einig, geschlossen, opferwillig den Krieg an seinem Teil ausfechten. Zeigen sich Risse und Spalten, so wird eine vor-ausschauende Politik sie ausfüllen und glätten. Zu einer solchen Politik gehören auch die sozialen Reformen, die die Gegenwart von uns fordert, die wir nicht der Zukunft überlassen dürfen. Jede Kräftigung unseres inneren Volkslebens macht die Hoffnungen der Feinde draußen zu Schanden! Zu diesen inneren Siegen, die wir bisher erfochten haben, möge die 6. Kriegstagung des Reichstags in hochgemutem Geiste neue fügen!

## Sittlich, auch gegen den Staat!

Der Kriegsausbruch hat einen Hochstand des Staatsgefühls in Deutschland geweckt, wie er in dieser Ausdehnung auf ein großes Volk vielleicht noch niemals vorhanden gewesen ist. Ein Gesetz, das jeden zehnten Einwohner unter die Fah-

nen ruft, das Millionen von Bürgern in die schwersten Strapazen und Gefahren wirft, und das doch mit Begeisterung von der Gesamtheit willig erfüllt wird, ist es nicht etwas Fabelhaftes um diesen Sieg des Staatsgedankens über Interessen und — Leben der Einzelmenschen?! Kann es etwas Stärkeres geben, als dieses Inanspruchnehmen der ganzen Persönlichkeit durch die allgemeine Wehrpflicht, ohne Rücksicht auf Rang, Stand, Vermögen oder sonstige Unterchiede in den Staatsangehörigen?! Etwas Sittlich Höheres als das willige, freudige Befolgen des Aufrufes durch die Millionen?! Wenn irgendwo der Gegensatz vom Individuellen und Sozialen seine tiefste Zusammenfassung in einem beherrschenden Dritten gefunden hat, so ist es in dem Ausmarsch des deutschen Volksheroes gewesen. Das erfreulichste dabei ist, daß es sich ganz gewiß nicht um eine plötzliche, vorübergehende Aufwallung handelt, sondern um einen dauernden Zustand, der nur im Augenblicke der Not in blendender Helle herausbrach. Der Krieg hat uns nicht erzogen, sondern hat nur gezeigt, daß auf diesem Gebiete das Gefühl der sittlichen Pflicht gegen Staat und Volksgemeinschaft bei 68 Millionen in höchster Stärke vorhanden ist. Dadurch haben wir eine Gewähr, daß er auch künftig vorhanden sein wird. Lieb' Vaterland, magst ruhig sein!

Über erschöpft sich mit dieser einen, höchsten Leistung die Pflicht des einzelnen gegen den Staat? Und haben wir auf allen anderen Gebieten sozialer Pflicht die gleiche Erfahrung gemacht, die uns die gleiche Sicherheit für die Zukunft gibt? Offenbar nicht. Zahllose, die im Frieden jeden Augenblick bereit waren, einem Rufe ins Feld zu folgen, Blut und Weisse fürs Vaterland zu opfern, sträubten sich heftig gegen eine Teilnahme am öffentlichen Leben, die ihnen höchstens kleine Unbequemlichkeiten und Verluste an Zeit oder Geld bringen konnten. Und viele, die in diesem Kampfe furchtlos und willig in die Schützengräben zogen, haben vorher sich bemüht, noch rasch einen unverhältnismäßigen Vermögensvorteil auf Kosten der Mitbürger oder der Gesamtheit zu gewinnen. Dieses merkwürdige Verhalten ist wohl nur dadurch zu erklären, daß in der Wehrpflicht die „Rettung des bedrohten Vaterlandes“ recht drastisch vor Augen tritt, unser soziales Pflichtempfinden aber noch nicht kräftig genug ist, um auch die bürgerliche Tätigkeit im Frieden ganz zu durchdringen. Der Krieg aber zeigt uns so eindringlich wie möglich die Notwendigkeit einer organischen Vorbereitung großer Dinge. Deswegen ist es eine Frage von nicht nur sittlicher, sondern auch höchst politischer Bedeutung, ob der hohe Schwung der Gegenwart imstande ist, die noch zahlreichen Schlachten staatsfeindlicher Gesinnung fortzuspülen und eine dauernde allgemeine Sittlichkeit wachzurufen, welche die Verpflichtungen gegen die Volksgemeinschaft nicht niedriger stellt als die gegen den Nachbarn, den Fremden oder gegen die Familie.

Zwei Dinge können hier ganz kurz übergegangen werden, weil sie oft besprochen sind. Am deutlichsten liegt der Gegensatz in den besonders sogenannten „sozialen Fragen“, bei denen dem einzelnen Beschränkungen seiner Willkür und seines Gewinnes im Gemeininteresse zugemutet werden. Bisher waren solche sozialen Dinge fast immer „Interessenkämpfe“, wenn auch rühmliche Ausnahmen (namentlich bei der Angestelltenversicherung) nicht geleugnet werden sollen. Gegenwärtig schweigen solche Kämpfe fast völlig. Auf dem wichtigsten, meist umstrittenen Gebiete, dem Arbeitsverhältnis, haben wir an den meisten Stellen einträchtiges Zusammengehen der Parteien, Arbeitsgemeinschaften von Arbeitnehmern und Arbeitern, von denen wir nur wünschen können, daß sie den Frieden lange überdauern mögen. Scharfe Eingriffe der Staatsgewalt in die verschiedensten Gebiete des Wirtschaftslebens, die noch im Sommer einen Entrüstungsturm erregt hätten, sind im Herbst mit einem Gleichmut hingenommen worden, die erstaunlich ist. Wenn es gelänge, die gegenwärtige Stimmung für die Dauer zu retten, wärs ein Segen für die Zukunft der Sozialpolitik! Gewiß soll und kann jede Gruppe ihr Interesse gegenüber jeder anderen wahren; aber wenn alle ehrlich bereit sind, Privatinteressen einer Staatsnotwendigkeit unterzuordnen und sachlich bemüht, die Verhältnisse richtig und klar zu sehen und darzustellen, wie anders würden dann Meinungskämpfe verlaufen, die jetzt so oft als unerfreulicher Interessenzankt erscheinen!

## Ein Dezemberumzug in Rußland.

(Von M. Schumacher.)

In der Heimat vollzieht sich der Umzug aus einer in die andere Wohnung an bestimmten Tagen im Jahre. Schon lange vorher wird eingepackt und alles für den Umzug gut vorbereitet. Im Kriege ist dies einfacher und geht viel schneller, jedoch bietet der Umzug einer Truppe von etwa 200 Mann in der Größe manches Interesse, das ist natürlich nicht bei allen Truppengattungen gleich.

Die Verköstigung und wädhlichen Truppen, die neben ihrer Ausrüstung und Bewaffnung noch eine Menge Feldgeräte und Handwerkszeug mitschleppen müssen, können ihren Umzug nur per Bahn bewerkstelligen. Das ist ein großes Glück, denn sonst können manche Kameraden böse in Druck kommen, wie man sich militärisch ausdrückt, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Deutschen sind ein Kulturvolk und als solches haben wir uns an eine Reihe kulturbedürftige gewöhnt. Liegt nun eine Truppe in feinem Quartieren, so macht sich das Bedürfnis bemerkbar, allerhand Möbel und dergl. herzustellen. Man richtet sich also recht wohl ein und wenn einige Kameraden, die gut miteinander auskommen, in einer kleinen Bude oder Baracke zusammenwohnen, so ist es beim flackernden Holzlicht recht gemütlich.

Aus einigen Brettern wird eine Fenstelle gezimmert, ist Holz genug vorhanden, werden Regale, Paneelbretter usw. gefertigt, worauf dann in behaglicher Breite die Liebesgabenstühle aufeinandergelehrt werden. Es ist immer sehr bequem und reizt dazu, das Hausgerät immer mehr zu vervollständigen. Manche Kameraden entwickeln in dieser Hinsicht eine erstaunliche Geschäftigkeit. Konservenbüchsen aller Art werden zum Anrecht. Die eine dient neben dem Kochgeschirr als Schmelztopf, die andere zum Wärmeholen und die dritte als Wasserkocher. Selbstverständlich ist auch Tisch und Bank vorhanden, wenn auch nur aus rohem Holz hergestellt. Das ist noch aus der Nachbarschaft aus leerstehenden Quartieren zu erobern ist, vervollständigt die Inneneinrichtung.

Auch gegen die in die Holzbaracke von außen eindringende Kälte weiß man sich zu helfen. Wir hatten an unserer Stube sogar ein Deckenbrett angebracht. So sammelt sich, ohne daß man es merkt, eine große Menge Jeng an. Möglicherweise kommt der Befehl, daß die Truppe verlegt wird und man morgen marsch-

bereit sein muß. Nun überzieht man seine Habe, denkt darüber nach, was im Tornister, im Brotbeutel usw. zu verpacken geht. Dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß der angeammelte Reichtum an Pappschachteln, Konservenbüchsen, Küstchen usw. garnicht zu transportieren ist. Wehmutsvoll nehmen die Kameraden Abschied von so manchem Gegenstand, den sie bisher für unentbehrlich hielten. Ja, mancher Kamerad, der bisher noch niemals in den Verdacht gekommen, daß er freigebig war, jängt sogar an, Pappschachteln, Zigarrentischen, Flaschen (d. h. Lere) zu verpacken. So sucht jeder seinen Besitzstand zu verringern, um sich den Marsch zu erleichtern.

Abends bei der Parade wird nun wider Erwarten verlesen, daß auch die Mannschaften und ihr Gepäck auf der Eisenbahn transportiert, und daß die Bettstellen, Tische usw. mitgenommen werden. Der neue Bestimmungsort liegt nur 9 Kilometer entfernt. Nun ist die Freude groß, denn in jeder Schachtel wird eingepackt und die Liebesgabenstühle zugebunden und in einem Sack verpackt. Alle möglichen Dinge werden in die Bettstelle hineingepackt. Morgens im Dunkeln geht schon das Schleppen los, alles auf den Bahndamm, wo der Zug gestellt werden soll. Immer größer und mannigfaltiger werden die Haufen. Glimt wie die Ameisen arbeiten die Kameraden. Das Wetter ist uns nicht hold, denn der Schnee fällt in dichten Flocken. Das tut aber der Sache keinen Abbruch, denn es wird immer mehr geschleppt. Einige Kameraden mühen sich ab, einen großen eisernen Ofen auf einem Schlitten den Bahndamm hinaufzuführen. Der Truppenführer befehligt, den Ofen nicht mitzunehmen, aber ehe der Befehl verstanden wurde, war der Ofen schon wieder den Bahndamm hinunter geglitten und hatte die beiden Kameraden gleich mit hinuntergezogen. Glücklicherweise waren die beiden auf ihre vier Beinhaken gefallen und kein Unglück weiter passiert.

Noch immer kommt der Zug nicht, trotzdem die festgesetzte Zeit längst verstrichen, also wird mit Todesverachtung weitergeschleppt. Brennholz aller Art, Kücheneinrichtungen (d. h. was man im Kriege so nennt) große Kessel usw. Ein Kamerad macht die treffende Bemerkung: „Wenn ein Zirkus umzieht, der hat nicht so viel Kram wie wir.“ Endlich kommt der Zug! Ebenso emsig, wie bis dahin geschleppt wurde, geht jetzt das Ausladen der Sachen. Russische Gefangene helfen dabei. Es wird deutsch, russisch und polnisch gesprochen, kommandiert, gerufen und zur Eile gemahnt. Endlich ist alles verladen. Einzelne offene Eisenbahnwagen sehen aus, als wenn ein Duzend Althändler ihren Warenbestand darauf geladen hätten. Die

Kameraden, die in vorbeifahrenden Zügen saßen, haben lächelnd ihre Blicke über uns und unsern Umzug gemacht.

Unser Ziel ist in einer Stunde erreicht und es beginnt das Ausladen. Das neue Quartier liegt ungefähr 10 Minuten vom Bahnhof. Ueber 100 russische Gefangene schleppen mit uns das Werkzeug und den übrigen Kram in das neue Heim. In langer Reihe tragen Deutsche und Russen keuchend ihre Last. Mancher Witz tröstet darüber hinweg, daß wir alle noch kein Mittagessen erhalten haben. Es dauert eine geraume Zeit, bis die neue Küche für so viele Mann in Betrieb ist. Endlich, am späten Abend gibt es Essen. 12 Stunden hat der Magen nichts mehr empfangen, Grund genug, nach Herzenslust zu speisen.

Nach beendeter Mahlzeit geht es an die Einrichtung der Stuben. Hier wird es erst recht originell. Während wir im bisherigen Quartier auf kleinere Stuben wie je 2, 3 und 4 Mann zusammengelegen, kommen jetzt 20 und mehr Mann auf eine Stube. Die Betten waren nach eigenem Geschmack beliebig hoch und breit zusammengeknallt. Als diese nun in einer Stube zusammengestellt werden, gab dies ein sonderbares Bild. Das Bett des Sanitäters ragt fast einen Meter über die anderen Bettstellen hinaus, er ist noch jung und kann gut klettern. Beim Einstiegen neigt es sich aber bedenklich zur Seite, denn früher hat es an der Wand gestanden, und jetzt „als wenn sie schwelgt“. Einige Holzstäbe mit dreizölligen Nägeln befestigt, helfen auch diesem Uebel ab. (Man wundert sich jetzt, warum ein Tischler im Zivilleben so viele Sorten Nägel braucht, wir machen alles mit einer Sorte.)

Die Fenster ohne Scheiben werden zugemagelt und Kleidungsstücke vorgehängt, das mitgebrachte Stroh, Holzwole und Papierstreifen werden in die Betten verteilt. Es ist keine Gefahr vorhanden, daß jemand zuviel davon bekommt, denn diese Sachen sind nicht allzu reichlich vorhanden. Die Pappschachteln werden noch nicht ausgepackt, sondern nur unter die untersten Bettstellen nebeneinander gestellt. Zum Schreiben ist bei dem dürftigen Licht eines „Dunkelstübchens“ keine Gelegenheit, die Kameraden sind aber auch müde genug, um das neue Bett aufzusuchen. Doch vorher kommt noch einmal der Feldweibel und „zählt die Häupter seiner Lieben“.

Das Tagewerk ist vollbracht und jeder begibt sich zur wohlverdienten Ruhe, mit Ausnahme der Kameraden, die draußen als Posten stehen, vielmehr gehen, denn zum Stehenbleiben ist hier keine Bitterung. Man denkt noch einen Augenblick darüber nach, wie oft und wohin wir noch in diesem Kriege umziehen, denkt nochmals an seine Lieben daheim und schlüft.

Je größer die Aufgaben des Staates nach innen und außen werden, je höher die Opfer sind, die dafür an den einzelnen zu stellen sind, und je bedeutender die Vorteile, die ihn dafür entschädigen, desto notwendiger ist eine Teilnahme aller Staatsangehörigen an den Staatsgeschäften. Auch aus der gewaltigen Anstrengung dieses Weltkrieges wird ganz sicher der Anspruch der überwiegenden Volksmehrheit auf Fortentwicklung der Staatsverwaltung erwachsen. Und wenn vor hundert Jahren die innerpolitische Furcht der Freiheitskriege dem opferfreudigen Volke vorenthalten wurde, so ist wohl zu erwarten, daß gerade die Erfahrungen jener Zeit zu einem anderen Verhalten der heute Regierenden beitragen werden. Zur Selbstverwaltung und Selbstbestimmung des Volkes aber kommt es viel weniger auf die Verfassungsform an (wie gerade die jüngsten Ereignisse uns lehren) als auf die Tätigkeit. Wir brauchen eine viel stärkere Anteilnahme am Leben von Reich, Staat und Gemeinde gerade von denjenigen Kreisen, die das neue Deutschland bisher getragen haben und es in Zukunft erst recht tragen werden. Beim Kriegsausbruch haben wir ja eine allgemeine Bereitwilligkeit zu öffentlichem Dienste erlebt. Aber diese war nicht eine einfache Steigerung des sonst Ueblichen durch erhöhten Bedarf (etwa wie die Mobilisierung nur eine Folge der Dienstpflicht), sondern sie stand im Gegensatz dazu. Und viele haben sich angeboten oder zu einer gemeinnützigen Tätigkeit gedrängt, die im Frieden nicht zu bewegen waren, ein Ehrenamt anzunehmen, oder nur von ihrem ersten Bürgerrechte, dem Wahltrecht, Gebrauch zu machen. Viel wird davon abhängen, ob wir nach dem Frieden wieder in die alte Gewohnheit zurückfallen, oder ob es gelingt, allen Bürgern (und hoffentlich auch bald: allen Bürgerinnen) die Teilnahme an den Fragen der Gemeinschaft zu einer sittlichen Pflicht zu machen. (Schluß f.)  
Dr. Heinz P o t t h o f f.

## Ein 50jähriges Gewerkschaftsjubiläum.

Der Tabakarbeiterverband konnte zu Weihnachten auf ein Bestehen von 50 Jahren zurückblicken. Aus Anlaß dieses Vorganges hatte der „Tabakarbeiter“, das Organ des Verbandes mehrere Festartikel gebracht.

Die „Holzarbeiterzeitung“ stellt in Nr. 1 ihrer Zeitung über dies Jubiläum nähere Betrachtungen an und bemerkt unter anderem:

Unter der Reihe von Festartikeln, die der „Tabak-Arbeiter“ bringt, interessiert uns besonders der eine, in dem Friedrich Geyer die Geschichte der Gründung der alten Organisation bis zu deren Auflösung zeichnet. Diese Gründungsgeschichte steht in naher Beziehung zu der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Wie dieser Verein, so kann auch die Organisation der Tabakarbeiter ihren Ursprung auf den „Leipziger Gewerkschaftsbildungsverein“ zurückführen. Zu den Arbeitern, die im Gegensatz zu den Vätern der Gründer und Förderer der Bildungsvereine danach strebten, die Arbeiterbewegung zu selbständigem Auftreten und zur Befreiung von dem Gängelband der liberalen Bourgeoisie zu erziehen, gehörte der Zigarrenarbeiter Friedrich Wilhelm Frißche, ein intelligenter Arbeiter von hervorragender agitatorischer Begabung. Frißche gehörte dem Komitee der Leipziger Arbeiter an, das an Ferdinand Lassalle die Fragen richtete, auf welche dieser mit dem bekannten „Offenen Antwortschreiben“ antwortete. In dem im Anschluß an diese Vorgänge im Jahre 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein spielte Frißche eine große Rolle.

In jener Zeit bestanden schon in einigen Städten örtliche Zigarrenarbeitervereine. Unter dem Einfluß des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins machte sich das von Frißche geförderte Streben nach einer zentralistischen Zusammenfassung der lokalen Vereine immer stärker bemerkbar, und auf dem Delegiertentag in Leipzig wurde am 25. Dezember 1865 der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein gegründet, der in seiner Gliederung ein Abbild des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins war. In wenigen Jahren brachte er es auf 12 000 Mitglieder.

Diese Blüte währte leider nicht lange. Der unheilvolle Streit, der bald nach Lassalles Tod im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein ausbrach und zur Neugründung politischer Arbeiterorganisationen führte, wurde auf die Gewerkschaft übertragen, in der Angehörige der verschiedenen streitenden Richtungen vereinigt waren. Die Kämpfe arteten in rein persönliche Streitereien aus, verleiteten den ruhigeren Kollegen die Mitgliedschaft, hinderten die Agitation für den Verein, trieben vielmehr die Mitglieder hinaus, ja, von einzelnen einflussreichen Mitgliedern wurde direkt auf die Zerrüttung des Vereins hingearbeitet. In Hamburg wurde sogar eine Gegenorganisation gegründet. Der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein ging unter diesen Kämpfen rapide zurück, ohne daß jedoch die Konkurrenzorganisation größere Mitgliederzahlen errang. Nach dem Krieg von 1870/71 war die Konjunktur der Zigarrenindustrie sehr günstig. Die Zigarrenarbeiter konnten sie aber infolge ihrer Zersplitterung nicht ausnützen.

Auf einem im November 1872 in Leipzig abgehaltenen Kongreß waren die verschiedenen streitenden Richtungen vertreten. Der Kongreß sprach sich für den Beitritt zur Zentralorganisation aus, die inzwischen den Namen „Deutscher Tabakarbeiterverein“ angenommen hatte. Nunmehr wurde eine lebhafteste Agitation entfaltet, die insbesondere die einigenden Momente betonte, und nun ging es auch wieder vorwärts. Das war aber auch dringend nötig, denn der Verein war auf 800 Mitglieder zusammenschmolzen. Die im Jahre 1875 erfolgte Einigung der politischen Arbeiterorganisationen brachte alsdann die Grundlage für eine gesunde Entwicklung der Tabakarbeiterorganisation und der Gewerkschaften überhaupt. Der unheilvolle Streit, der die Arbeiterbewegung unsäglich schädigte, hatte ein Ende.

Die Erinnerung an diesen unseligen Bruderzwist in der Arbeiterbewegung ist gerade gegenwärtig sehr aktuell, und es entbehrt nicht eines pikanten Reizes, daß es gerade Friedrich Geyer ist, der diese Vorgänge, die er zum Teil selbst handelnd miterlebt hat, so anschaulich schildert. Ist es doch derselbe Friedrich Geyer, der als Vorsitzender der 20 Abgeordneten, die gegen die Beschlüsse der Reichstagsfraktion eigene Politik machen, deren Erklärung von der Tribüne des Reichstages verlesen hat. Diese Sonderaktion der Minorität muß wohl nicht notwendig der Anfang einer neuen Spaltung der sozialdemokratischen Partei sein, aber die Gefahr ist groß, daß sie dazu führt. Der Aufsatz Geyers in der Jubiläumnummer des „Tabak-Arbeiter“ zeigt sehr deutlich, wie eine Spaltung der politischen Arbeiterbewegung die schlimmste Rückwirkung auf die gewerkschaftliche Organisation hat. Die Verhältnisse haben sich frei-

lich geändert, aber darüber kann es keinen Zweifel geben, daß eine etwaige Spaltung in der Sozialdemokratie zu den schwersten Störungen in den Gewerkschaften führen muß. Das ist der Grund, aus dem die Gewerkschaften die neuesten Vorgänge in der Sozialdemokratie mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen. Wir wollen verhindern, daß infolge innerer Streitigkeiten die Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften leidet, es darf nicht wieder vorkommen, daß aus solcher Ursache eine günstige wirtschaftliche Konjunktur nicht ausgenutzt werden kann.

Der Reichstagsabgeordnete Friedrich Geyer ist ein alter Gewerkschaftler. Wir möchten ihm und seinen engeren Freunden in der sozialdemokratischen Fraktion dringend empfehlen, die Lehren zu beherzigen, die sich aus seinem Artikel zum 50jährigen Jubiläum der Tabakarbeiterorganisation ergeben; vielleicht wird dies dazu beitragen, daß sie innehalten auf dem verwerflichen Weg, den sie beschritten haben.

## Die Lage des Arbeitsmarktes

Im Monat November wird im „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt gekennzeichnet:

Der Beschäftigungsgrad der Industrie erweist sich in den meisten Gewerbezweigen reger als im gleichen Monat des Vorjahres, trotzdem im November 1914 die schnelle Erholung der Industrie von den Störungen, die der Kriegsausbruch mit sich brachte, bereits voll zur Geltung kam. Abgesehen von der Lage des Webstoffgewerbes wie des Baumarktes, ist der Beschäftigungsgrad im allgemeinen wiederum als befriedigend und für die Hauptindustrien der Kriegswirtschaft als gut und recht gut zu bezeichnen.

Im lebhaftesten beschäftigt sind nach wie vor Bergbau und Hüttenwesen wie die meisten Zweige der Eisen- und Maschinenindustrie. Die chemische Industrie, die gleichfalls an den Kriegsaufträgen stark beteiligt ist, zeigt eine im ganzen unveränderte Beschäftigung; im Vergleich zum Vormonat treten Anzeichen von Steigerungen des Beschäftigungsgrades in der elektrischen Industrie wie auch im Holzgewerbe verschiedentlich hervor, und die Belegung in der Seidenindustrie hat auch im Berichtsmontat weitere Fortschritte gemacht.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die im Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Dezember 1915, dem 1. November gegenüber, eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 68 253 oder 1,58 v. H. im Vergleich zu einer Verminderung um 1,69 im Vormonat; bei den weiblichen Beschäftigten ist eine Zunahme um 22 688 oder 0,64 v. H. im Vergleich zu einer Steigerung um 1,84 v. H. im Vormonat eingetreten. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 45 565 oder 0,58 v. H. im Vergleich zu 0,12 v. H. im Vormonat abgenommen. Die nicht unbedeutende Zahl der in der Industrie beschäftigten Kriegsgefangenen ist in diesen Zahlen nicht enthalten.

Von 861 802 Mitgliedern, über welche von 34 Fachverbänden berichtet worden ist, waren 21 917 oder 2,5 v. H. arbeitslos. Die gleiche Arbeitslosenziffer von 2,5 v. H. hatte sich auch für den Oktober, für den 36 Fachverbände über 902 513 Mitglieder berichteten, ergeben. Im November 1914 hatte die Arbeitslosigkeit noch 8,2 v. H. betragen. Im entsprechenden Monat des letzten Friedensjahres, im November 1913, stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 3,1 v. H.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmontat gegenüber dem Vormonat unveränderte Lage bei den Männern und eine Abnahme des Andranges bei den Frauen. Es entfallen nämlich auf 100 offene Stellen bei den Männern im November 1915 89 Arbeitsuchende, also die gleiche Zahl wie im Vormonat, und bei den Frauen 179 Arbeitsuchende im Vergleich zu 182 im Oktober 1915. Beim Vergleich des Gesamtergebnisses mit dem des November 1914 ergibt sich eine Abnahme der Arbeitslosenziffer um rund 205 000, der offenen Stellen um rund 76 000 und der besetzten Stellen um rund 62 000.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen für Rheinland eine erhebliche Steigerung der Vermittlungszahlen im Bergbau erkennen, der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie zeigte dieselbe Entwicklungsrichtung wie in den Vormonaten. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt Rheinlands ging das Angebot der Arbeitskräfte bei gleichbleibender Nachfrage sehr stark zurück. In Westfalen zeigte sich im allgemeinen dasselbe Bild wie im Vormonat. Das gilt im ganzen auch für Hessen-Nassau, Waldeck, Hamburg und Schlesien. In Hannover konnte der erforderliche Bedarf an Arbeitern durch Einstellung weiblicher Arbeitskräfte nicht voll gedeckt werden. Ein teilweiser Rückgang zeigte sich in Schleswig-Holstein, Brandenburg-Berlin und Pommern. In Bayern und Württemberg hat sich die Lage im ganzen gebessert, in Baden ist keine wesentliche Änderung eingetreten.

## Rundschau.

### Durchhalten auch im Jahre 1916!

Der halbamtliche „Zeitungsdienst für Ernährungsfragen“ richtet beim Beginn des neuen Jahres die folgenden beherzigenswerten Ermahnungen an die Öffentlichkeit:

„Der wirtschaftliche Kampf unserer Feinde muß ein geistes und zum Widerstande bereites Volk finden. Dieser Widerstand ist durch die Behörden organisiert, und der Wortlaut dieser organisatorischen Bestimmungen sei Haus- und Pflichtgesetz für jedermann. Niemand versuche diese Bestimmungen zu umgehen oder erachte sie für sich als nicht bindend oder glaube, daß er, seinen Einnahmen entsprechend, nach alter Gewohnheit zu leben berechtigt sei. Den behördlichen Maßnahmen darf nicht mit gleichgültigem Unverständnis begegnet werden, sondern es muß ihnen ein verständiges Entgegenkommen, sie zu befolgen und eingehalten, bereit zu werden. Und über diese Bestimmungen hinaus muß ein jeder von dem Geiste, nationaler Aufgaben zu erfüllen, durchdrungen sein.“

Den Produzenten, Landwirten und Händlern liegt in erster Linie ob, sich in den Dienst dieser Aufgaben zu stellen. Vergrößerung und Steigerung der Produktion in Nahrungsmitteln sei ihre nächste Aufgabe. Alle Vorbereitungen müssen hierfür schon jetzt getroffen werden, um in der Zeit der Ausbeute nicht durch Arbeiten beeinträchtigt zu sein, die früher hätten erledigt werden können. Es gilt für die Produzenten, die Erzeugung weiter zu steigern, um auch im kommenden Jahr jeber Möglichkeit gegenüber gerüstet zu sein.

Außerordentlich wichtige und große volkswirtschaftliche Aufgaben fallen dem Handwerk und dem Handel in Nahrungsmitteln zu. In den Fleischerereien und Bäckereien herrsche daher ein stiller jenes Geistes, der durch Organisation eine gleichmäßige Verteilung und ein Durchkommen zu erzielen erstrebt und den Minderbemittelten und Armen den Bezug ausreichender Nahrungsmittelmengen verschaffen hilft. Auch hier muß das privatwirtschaftliche Interesse zurücktreten gegenüber der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit, durchzukommen. Auch hier muß der Wille siegen, sich im allgemeinen patriotischen Interesse in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Handwerk und Handel stehen hier vor einem großen Feld dankbarer Betätigung.

Der Verbraucher richte sich nach gesetzlichen Maßnahmen. Die fett- und fleischlosen Tage seien Hausgesetz. Der Hausfrau fallen die größeren Aufgaben auf diesem Gebiet zu, sie versuche auf alle mögliche Weise, Rüche und Tisch den Anordnungen einzufügen, die die Verhältnisse uns auferlegen. Das Ziel jeder Hausfrau muß sein, an Nahrungsmittelmengen zu sparen und die vorhandenen Nahrungsmittel für den Verbrauch voll auszunützen. Sie muß dafür sorgen, daß jede unnütze und übermäßige Verwendung von Nahrungsmitteln unterbleibt, daß auch die geringsten Reste Verwendung finden, und daß tägliche Nahrungsmittel für die Allgemeinheit erspart werden.

Der Hausherr aber bemühe sich, die Familie in ihrer freien Zeit für eine Eigenproduktion zu gewinnen, die den eigenen Haushalt unterstützt und im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse liegt. Kleintierzucht von Ziegen, Schafen, Hühnern und Kaninchen gehört hierzu ebenso wie die Bepflanzung eines Streifen Landes für den Gemüsebau.

## Gegen eine Zersplitterung des Arbeitsnachweises

haben die verschiedenen Arbeiterorganisationen der Stadt Köln Stellung zu nehmen sich genötigt gesehen. Die dortigen organisierten Unternehmer tragen sich nämlich mit dem Gedanken, einen einseitigen Arbeitsgebernachweis zu gründen. Damit sind die Arbeiter selbstverständlich nicht zufrieden und erblicken obendrein darin einen Bruch des Burgfriedens, weil durch die Aufrollung der Frage ein bedenklicher Zündstoff in das Wirtschaftsleben der Stadt Köln getragen wird. Deswegen haben die Arbeiterorganisationen gemeinsam und einmütig in einer Erklärung der Ansicht Ausdruck verliehen, daß für die geplante Neugründung eines einseitigen Unternehmensnachweises nur Sonderinteressen ausschlaggebend sein können. Deshalb wird gegen diese weitere Zersplitterung des Kölner Arbeitsnachweises entschieden Einspruch erhoben und jede Verantwortung für alle weiteren Folgen abgelehnt, die durch diesen Vorstoß der Unternehmer entstehen.

Das Gouvernement der Zeitung Köln hat in Anbetracht der Wichtigkeit der Angelegenheit Verhandlungen mit den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer eingeleitet.

## Warnung vor schwindelhaften Anpreisungen „lohnender Heimarbeit.“

Das Oberkommando im den Marken erläßt folgende Warnung:

Die jetzige Zeit zwingt viele Frauen, insbesondere Kriegswitwen, zu einem Erwerbe zu greifen. Diese Notlage wird von gewissenlosen Elementen in der Weise ausgenutzt, daß in den Tages- und Fachzeitungen diesen Frauen teils „Schnellkurse“, teils „gutlohnende Heimarbeit“, namentlich in der Krawattenindustrie, Konfektion und Schneiderei, sowie in den kaufmännischen Berufen empfohlen werden. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Preise dieser Kurse bisweilen ganz unverhältnismäßig hoch und die angeblich garantierten Erwerbsmöglichkeiten so gut wie nicht vorhanden sind. Es handelt sich dann also lediglich um eine Ausbeutung der Unerschaffenheit der Frauen; diese verlieren ihr Geld und ihre Zeit, ohne zu dem gewünschten Erwerb zu gelangen. Im Interesse dieser Frauen weist das Oberkommando darauf hin, daß alle Frauen, die auf Grund solcher Anpreisungen einen Beruf wählen oder Heimarbeit übernehmen wollen, mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen haben. Es wird ihnen dringend angeraten, sich vorher sachverständigen Rat einzuholen.

## Die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht

Ist neuerdings für Kriegsbeschädigte in einem solchen Grade in Anspruch genommen worden, daß das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe dazu hat Stellung nehmen müssen. § 173 der Reichsversicherungsordnung gestattet auf Antrag die Befreiung von der Versicherungspflicht demjenigen, der auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist, solange der vorläufig unterstützungsbedürftige Armenverband einverstanden ist. Mit dieser Vorschrift ist nun ein starker Mißbrauch getrieben worden, wie folgender, vom 11. Dezember datierter ministerieller Erlaß erkennen läßt:

„Wie mir berichtet wird, ist in dem letzten Monate häufiger beobachtet worden, daß aus dem Willkürdier, mit oder ohne Versorgung entlassene Mannschaften, insbesondere Kriegsbeschädigte, in industriellen Betrieben nur dann Arbeit erhalten, wenn sie sich auf Grund des § 173 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherungspflicht befreien lassen. Ein solches Verfahren, das große Härten hervorgerufen hat und scharf zu mißbilligen ist, widerspricht den Vorschriften des § 173 a. a. O., wonach auf Antrag lediglich befreit werden kann, wer „auf die Dauer nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig ist.“ Um solchen Mißbräuchen zu begegnen, ist es erforderlich, daß die Kassenvorstände Befreiungsanträge nur dann genehmigen, wenn festgestellt worden ist, ob die Antragsteller tatsächlich nur zu einem geringen Teile arbeitsfähig sind und dieser Zustand als dauernd angesehen werden muß. Ich ersuche Sie, die Versicherungsämter, zugleich unter Hinweis auf § 175, Abs. 2 a. a. O., anzuhalten, daß sie den Kassenvorständen nahelegen, bei Entscheidungen über Befreiungsanträge hiernach zu verfahren.“

## Neue Schutzbestimmungen für die Militärschneider.

Sicherung der Tarifansprüche. — Eine Verfügung des Kriegsministeriums.

In den vom Kriegsbekleidungsamt des Gardekorps festgesetzten Bedingungen über die bei Anfertigung von Mannschafsbekleidungsstücken der Seereserverwaltung zu zahlenden Arbeitslöhne ist zwar bestimmt, daß der Auftragsempfänger

dafür zu sorgen hat, daß dem Arbeiter auch dann der vorgeschriebene Lohn ohne jede Kürzung zusteht, wenn die Arbeit durch Zwischenfälle an ihm gelangt, ob und inwieweit dies aber auch tatsächlich geschieht, ist schließlich doch ganz in das Belieben des Auftragnehmers gelegt, da irgendetwelche Strafbestimmungen bisher nicht vorliegen. Durch eine Verfühlung des königlichen Kriegsministeriums ist nunmehr dem Kriegsbeleidigungsamt des Gardekorps die Möglichkeit gegeben, auch hier gegen jede Unterlassung und Arbeiterschädigung strafend vorzugehen. Die Verfügung bestimmt, daß in den seit dem 1. Januar dieses Jahres gültigen Vertrag hinunter folgende Bestimmungen eingefügt werden:

1. Den Arbeitern, welche die vom Auftragnehmer an das Amt gelieferten Gegenstände angefertigt haben, steht das Recht zu, gegen den Auftragnehmer auf Zahlung des Unterschiedes zwischen dem tatsächlich erhaltenen und dem am Tarif festgelegten Lohn zu klagen. Ebenso kann das Amt auf Zahlung des Unterschiedes an die Arbeiter klagen. Die Arbeiter und das Amt haben daher klagerichtig auch dann, wenn erstere nicht in einem unmittelbaren Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer stehen, sondern von einem Untervernehmer oder Zwischenmeister oder dergleichen beschäftigt werden.

2. In jedem Fall der Unterschreitung des Lohnsatzes verpflichtet sich der Unternehmer, an das Amt eine Vertragsstrafe in Höhe des fünffachen des Unterschiedes zwischen der Gesamtsomme der gezahlten und den nach dem Tarif zustehenden Löhnen, mindestens aber in Höhe von 20 Mark zu zahlen. Die Strafe ist außerdem zu entrichten, wenn der Unternehmer oder Zwischenmeister den Verstoß begangen hat. Das Amt wird die Strafgebühren zum Besten der durch Tarifverstöße geschädigten Arbeiter nach pflichtmäßigem Ermessen verwenden. Der Rechtsweg ist bei einem Streit über die Verwendung ausgeschlossen.

3. Die Auftragnehmer sind verpflichtet, jedem an der Auftragsausführung beteiligten Arbeiter einen Abdruck des von ihnen mit dem Amt geschlossenen Lieferungsvertrages, soweit es die Lohnverhältnisse berührt, zu verabsorgen. Ebenso hatten sie dafür, daß ihre Untervernehmer oder Zwischenmeister das gleiche tun. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung hat der Auftragnehmer eine Vertragsstrafe von 20 Mark verwirkt, die wie vor verwendet wird.

### Der Doppelrentner.

#### Unfall- und Invalidenversicherung.

Der Pförtner in einem Lichtspieltheater hat zugleich die Aufgabe, bei der Ausschmückung des Schaufensters, die wesentlich zweimal vorgenommen wurde, behilflich zu sein. Als er dem Dekorateur etwas zureichte, trat er auf eine Kiste, kam zu Fall und berührte dabei mit einem Daumen die elektrische Stromanlage. Da dieselbe eine Stärke von 4 Pferdekraften hatte, verbrannte er sich die Finger und empfand sofort Kopfschmerz und Schwindelgefühl. Er klagte im Armenrecht gegen den Theaterbesitzer, der ein Verschulden seinerseits bestritt, auch ausführte, daß ihn die Sache nichts angehe, da die gesetzliche Unfallversicherung für den Schaden aufkomme. Der Prozeß blieb denn auch ruhen, um zunächst festzustellen, ob die Berufsgenossenschaft entschuldigungspflichtig sei. Sie lehnte jedoch ab, weil bei ihr nur die Erzeugung der elektrischen Kraft versichert sei, nicht aber die Tätigkeit eines Pförtners. Das schließlich angerufene Reichsversicherungsamt war aber anderer Ansicht, indem es die Meinung vertrat, daß die gesetzliche Versicherung sich auf alle Personen erstreckt, die in den Geschäftsbereich des Elektromotors und seiner Zuleitung kämen und dadurch Schaden leiden. Demgemäß wurde die Berufsgenossenschaft dem Grund nach zur Entschädigung des Mannes verurteilt.

Nun entstand der zweite Streit über die Höhe dieser Entschädigung. Es stellt sich heraus, daß unser Pförtner bereits seit 1908 als früherer Kaufmann Invalidenrente bezog, also damals schon invalide, d. h. zu zwei Dritteln erwerbsunfähig, war. Er erhielt von dem Theaterdirektor in den Jahren eine Vergütung von 60 Mark monatlich, später 70 Mark. Die Berufsgenossenschaft wandte nun die Vorschrift an, daß bei Personen, die weniger als den ortsüblichen Tagelohn verdienen, wie es hier der Fall war, dieser Tagelohn der Rentenberechnung zugrunde zu legen ist. Derselbe betrug für den Ort 3,30 Mark, also 990 Mark im Jahre. Davon wollte die Berufsgenossenschaft den dritten Teil, also 330 Mark der Rentenberechnung zugrunde legen, weil der Mann nur noch zum dritten Teil erwerbsunfähig gewesen war. Dies wurde vom Reichsversicherungsamt wiederum mißbilligt. Es müsse mindestens der wirkliche verdiente Lohn zugrunde gelegt werden, also bei 70 Mark monatlich 840 Mark im Jahre. Dazu käme aber auch noch, wie nach der Zeugenaussage anzunehmen sei, eine Einnahme von 1,50 Mark für den Tag an Trinkgeldern. Demnach stellte sich der Jahresverdienst des Mannes auf 1400 Mark. Da er diese Erwerbsunfähigkeit infolge des Unfalls ganz verloren habe, sei ihm die Rente nach Maßgabe dieses Verdienstaufalles zu gewähren, also zwei Drittel dieses angegebenen Verdienstes. Der Mann erhält mithin jetzt zwei Renten, Invaliden- und Unfallrente.

### Entbehrungen.

Das deutsche Volk, vor allem die deutschen Arbeiter und deren Familien haben den Beweis geliefert, daß sie bereit sind, im Interesse des Vaterlandes Not und Entbehrungen geduldig auf sich zu nehmen. Es ist dabei immer der eine Gedanke zum Ausdruck gekommen, daß die Lasten gemeinsam getragen werden sollten. Anlässlich der angeforderten neuen Steuern bezeichnet das Herrenhausmitglied Graf Kaspoth dies als eine sogenannte *Geldkur*, indem er dadurch eine

Rückkehr des gesamten Volkes zur einfachen Lebensweise erwartet. Im „Tag“ macht er darüber folgende Ausführungen: „Das zweite Kriegsjahr ist für uns ein guter Lehrmeister gewesen. Wir haben gelernt, daß man in der zweiten Klasse der Eisenbahn ebenso schnell nach Berlin kommt wie in der ersten Klasse, daß drei Fasttage in der Woche nicht nur zu ertragen, sondern obendrein recht gesund sind, daß das Auto zwar ein sehr schönes und schnelles Beförderungsmittel ist, man aber in der Stadt mit Hoch- und Straßenbahnen, sogar mit der Pferdebahn schlechter auch das Ziel erreicht und auf dem Lande auch ohne Auto, ja sogar mit zwei oder vier Pferden statt sechs oder acht im Stall auskommen kann, sogar wenn sie so minderwertig sind, wie die jetzigen. Man hat gelernt, daß das Essen, selbst wenn man Gäste hat, mit der Bedienung durch ein nettes Mädchen mit schwarzem Kleid, weißer Schürze und Häubchen ebenso gut schmeckt, wenn nicht besser, wenn das Mädchen obendrein hübsch ist, als mit einem Diener, der statt der Livree jetzt des Kaisers Rock trägt.“

Wir werden lernen müssen, daß wir nicht mehr in der Lage sein werden, Jagden anzupacken, deren Pachtsommen im Versteigerungsweg ins Angeheuerliche gestiegen sind, und daß es ein Unfug ist, den Abschluß eines guten Hirsches mit 1000 oder 2000 Mark zu bezahlen und dergleichen mehr.“

Man wird erwarten müssen, daß der Adel und auch die Landwirtschaft sich zu größeren Opfern bereit finden wird, und man nicht noch die Arbeiterschaft mit mehr indirekten Steuern bedenkelt.

### Tarif und Militärbehörde.

Bald nach Ausbruch des Krieges, als die Beschäftigung in der Rüstungsindustrie in die Erscheinung trat, brachten die Militärbehörden, namentlich die Bekleidungsämter zum Ausdruck, daß die Militärbehörde bei Kriegslieferungen 20-30 Proz. mehr bezahlt wie im Frieden, die Unternehmer also in der Lage wären, ihren Arbeitern anständige Löhne zu zahlen. Was allerdings einzelne Unternehmer unter dem Begriff „anständige Entlohnung“ verstanden, darüber wollen wir heute nicht rechten. Ist es in unserem Gewerbe zu verschiedenen Differenzen gekommen, so hat im Schneidergewerbe ein ununterbrochener Kampf zwischen Heereslieferant, Zwischenmeister und Arbeiter bzw. Arbeiterinnen stattgefunden. Das Berliner Gewerbegericht ist ununterbrochen dieserhalb in Anspruch genommen worden. In den meisten Fällen erfolgte Beurteilung der Unternehmer, auch das Bekleidungsamt stellte sich in der Hauptsache auf Seiten der Arbeiter, indem es den Beauftragten von Heereslieferungen für die Zahlung der festgesetzten tariflichen Löhne haftbar machte. Dadurch wurde dem Anwieser der Zwischenmeisterei und dergl. zum größten Teil entgegengekehrt. Trotzdem gelang es immer noch einem Teil von gewissenlosen Unternehmern, die Arbeiter um ihren sauerverdienten Lohn zu bringen. Diesem Zustande ist jetzt in Bereiche des Kriegsbeleidigungsamtes des Gardekorps ein Riegel durch folgende Bekanntmachung vorgezogen worden:

Da sich ergeben hat, daß in Groß-Berlin die für die Anfertigung von Mannschafsbekleidungsstücken von der Heeresverwaltung festgesetzten Entlohnungen den Arbeitern vielfach unter Umgehung der Tarife vorenthalten werden, bestimme ich auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (Gesetzsammlung Seite 45) hiermit für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Lichtenberg, Neukölln, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf und Köpenick, den Landgemeinden Adlershof, Berlin-Brig, Berlin-Buchholz, Berlin-Friedenau, Berlin-Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Berlin-Grunewald, Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Heinersdorf, Berlin-Johannisthal, Berlin-Lankwitz, Berlin-Lichterfelde, Berlin-Mariendorf, Berlin-Mariensfelde, Berlin-Niederhönoweide, Berlin-Niederhönoweiden, Berlin-Oberschönweide, Berlin-Pankow, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Rosenthal, Berlin-Schmargendorf, Berlin-Steglitz, Berlin-Stralau, Berlin-Tegel, Berlin-Tempelhof, Berlin-Treptow, Berlin-Weißensee, Berlin-Wittenau, Zehlendorf, der Gutsbezirke Berlin-Dahlem, Plözensee und Heerstraße:

Für alle von Bekleidungsämtern vom 1. Januar 1916 ab in Auftrag gegebenen und in Privatbetrieben obiger Orte erfolgten Anfertigungen von Mannschafsbekleidungsstücken (Schneider- und Mützenmacheranfertigungen, Halsbinden, Helmbezüge, Armbinden, Salzbeutel, Aufnäher der Buchstaben und Nummern bei Helmbezügen) dürfen keine Verei-

barungen getroffen werden, welche von den Lohnabreden in den vom Kriegsbeleidigungsamt des Gardekorps in Berlin (Lehrter Straße 57) am 15. Dezember 1915 herausgegebenen allgemeinen Vertragsbedingungen abweichen. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft. Der Oberbefehlshaber in den Marken, v. Kessel, Generaloberst. Hoffentlich findet dieses energische Vorgehen anderwärts, wo es nützt, baldige Nachahmung!

### Amliche Bekanntmachungen.

**Adressenveränderungen.**  
**Vorsitzender:**  
 Allenstein: A. Sammel, Burgstr. 3.  
 Jülich: J. Heuger, Weinstr. 18.  
 Kaiserslautern: E. Schnabel, Mannheimerstr. 57.  
 Liegnitz: R. Schuster, Hebewegpl. 2.  
 Mannheim: S. Bishaupt.  
**Kassierer:**  
 Ammendorf: W. Bannier, Wormlitzerstraße 33.  
 Beuthen: Th. Kossol, Gr. Wolltrichterstr. 15.  
 Elberfeld: H. Krail, Barmen.  
 Göttingen: J. Leuchte, Augsburg, Burgfriedensstraße 18.  
 Hagen: W. Brinker, Langestr. Schule Nr. 10.  
 Laupheim: F. Beck, Mühlstraße 4.  
 Mühlheim: H. Stränger, Mendeb. Mühlh. Nr. 1.  
 Rudolstadt: F. Möller, Schloßgang 8.  
 Wetzlar: W. Klau, Kirchr. 9.  
 Wiesel: H. Streitwolf, Bräunerlandstr. 5/6.  
 Wittenberge: A. Hoffmann, Falkstraße 2.

**Sterbetafel.**  
 In den Monaten Oktober bis einschließlich 31. Dez. 1915 sind nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. Frauen des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands gestorben:

Stammrollen-Nr. des Verstorbenen	Name des Verstorbenen	Name des Vereins	Gezahltes Sterbegehalt			
			Ordens-entlohnung	Arbeits-entlohnung	Sterbe-entlohnung	
10	Frau Umar	Berlin I	—	—	180	
4212	E. Nische	Schmölln	50	—	—	
4118	E. Stroß	Rudolstadt	50	35	—	
1969	H. Oberländer	Dresden	50	—	90	
90	R. Handke	Berlin IV	—	—	90	
520	H. Thiemann	Spanbau	—	75	90	
4025	F. Kamehl	Wiesburg	—	75	—	
91	F. Handke	Berlin VI	—	—	90	
110	F. Kerschmid	Bautzen	—	75	—	
4268	H. Urban	Schweibnitz	60	75	—	
345h	Frau Kiffig	L. Lindenau	—	—	90	
438b	Wieland	Kathenow	—	—	180	
4336	G. Wid	Spanbau	60	55	—	
593	H. Schilke	Ulm	—	75	—	
4850	H. Muszilewitz	Thorn	50	75	90	
5086	R. Sammet	Wormze	50	75	—	
4747	F. Kratochwil	Striegau	50	55	90	
1869	H. Kugl	Dortmund	50	—	90	
4031	M. Fehle	Neußlin	50	35	—	
5109	C. Rasch	Berlin V	60	75	—	
50	C. Sewrens	—	—	75	—	
479b	Frau Berger	Stahlfurt	—	—	144	
529	F. Bärwald	Spanbau	—	75	—	
3237	Frau Benz	Laupheim	—	—	180	
			Summe:	580	930	1404

Muße in Frieden!  
 Berlin, den 31. Dez. 1915.  
 W. Ziefe, Hauptkassierer.

Die „Holzarbeiterzeitung“ meldet in ihrer ersten Nummer dieses Jahres den Tod des Gauvorsitzers von Stuttgart, Georg Raub, welcher am 22. Dezember im Alter von 56 Jahren einem Herzleiden erlegen ist.

**Briefkasten.**  
 Der Krieg macht seinen verheerenden Einfluß auch bei der Post, bei den Briefmarken, geltend. Die Gummierung der Marken ist jetzt so mangelhaft, daß kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht mit Straßporto bedacht werden, weil eben die Marken auf den Briefen fehlen. Wir machen daher unsere Mitglieder darauf aufmerksam, bei dem Aufkleben der Marken die äußerste Vorsicht walten zu lassen, damit wir von der Zahlung von Straßporto verschont bleiben.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 2. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

**Ehrentafel**  
 für die im Kriege gefallenen oder an ihren Verwundungen erlegenen Kollegen des Gewerbevereins der Holzarbeiter Deutschlands.  
 Karl Schwarzer, Mitglied des Ortsvereins Hagen, 39 Jahre alt, am 29. September 1915 gefallen.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Für hervorragende Tapferkeit haben das Eisener Kreuz erhalten:  
 Joseph Maner, Mitglied des Ortsvereins Augsburg.  
 Wilhelm Fischer, Mitglied des Ortsvereins Rattowitz.  
 Die Kollegen Schauburg und Geules vom Ortsverein Hagen wurden zu Unteroffizieren befördert.

**Anzeigen.**  
 Sera (Ortsverband). Die Unter- stützung an durchreisende Gewerbe- vereinskollegen wird ausbezahlt bei H. Schneider, Sichelstraße 62.  
 Leipzig. Durchreisende Gewerbe- vereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbands- geschenk beim Ortsvereinskassier. für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben im Lokal „Stadt Hannover“ Leipzig, Seeburgstr. 25/27 Gültigkeit.  
 Liegnitz (Ortsverband). Verpfle- gungskarten für durchreisende Gewerbe- vereinskollegen beim Ortsverbandskas- sierer Paul Wuttke, Georgenstr. 3. Verkehrslokal ist „Prinz von Preußen“, Glogauerstraße.  
 Uim a. D. Durchreisende Ge- werbevereinskollegen erhalten 1 Mf. Unterstüttung als Orts- geschenk vom Ortsverbandskassierer Gretner, Pfauengasse 17.  
 Druck der Ulmer Zeitung U.-G. in Uim a. D.

**Bremen.** Die Auszahlung der Kriegergelder erfolgt nun auf dem Gebietsreferat der Gewerkschaft Bremen, Lindenstr. 2.  
**Frankfurt a. M.** Das Arbeiter- referat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkschaften befindet sich Alte Mainzerstraße 91. Durchrei- sende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.  
**Sachsenhausen.** Durchreisende Kol- legen erhalten vom Ortsverband 1 Mf. bei S. Mayer, Teichstr. 30.  
 Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i. S. Paul Hoffmann, Berlin NO. 55, Graefewalder-Straße 23/24.

**Drechsler**  
 finden dauernde Arbeit bei hohem Verdienst.  
**Decker & Blau**  
 Stolp i. Pomm.